



Den Standpunkt der Sozialdemokratie präzisierte Renné. Um nicht auf die neuen Anschläge eingehen zu müssen, um das Proletariat einzulullen, befahl er sich zum Großteil mit der Kritik der gewesenen Regierung. Was er aber konkret zur neuen Regierung sagte, das zeigt, daß die Sozialdemokratie gewillt ist, den Kurs der „starken Hand“ zu unterstützen. Streerupwitz ist der Vertreter des Schwarzenbergplatzes, der scharmärrigen, folschistischen Industriellen. Wenn er quittiert diese Tatsache mit den Worten: „Es ist uns im Gesamtteil erwünscht, daß einmal ein Industriekanzler ist, der sich als Industrieführer in der Industrie real betätigt hat.“

Einzelnen Ton schlägt die „Arbeiter-Zeitung“ vom 8. Mai an, die wörtlich schreibt: „Die Sozialdemokratien kommen den Ausführungen des neuen Kanzlers zuhören“ . . . „Innerhalb dieses Nationalrates, in dem politische Auseinandersetzungen sonst viel Heftigkeit entfesseln, präsentiert sich der gestrige Tag als eine wahre Idylle.“

Die wenigen Zitate genügen, um zu beweisen, daß die sozialdemokratischen Führer gar nicht daran denken, den Kampf gegen den scharmärrigen, reaktionären Kurs der Streerupwitz-Regierung auch nur parlamentarisch anzunehmen und der Landbündler Bischl könnte mit Recht sagen: „Dr. Renné hat so ziemlich alles vermieden, was Anstoß erregen könnte.“

Die Arbeitersklasse wird in den nächsten Monaten immer deutlicher erkennen, daß diese Politik der sozialdemokratischen Führer sich auskönniglich und ausnahmslos auf ihrem Rücken auswirkt. Der Vertrag der sozialdemokratischen Führer in der Mieterschuffrage war nur der Anfang!

## Muttertag!

Aus Amerika, dem Lande der organisierten und rationalisierten Huchelei, ist die Sitz nach Europa gekommen, an einem Tag des Jahres der Mutter zu gedenken, „ihres stillen Heldentums, ihrer wertvollen, immer sich erneuernden Entfaltungen“.

Würlich deswegen? Gilt das wirklich allgemein, als ein Gesetz der menschlichen Gemeinschaft, diese Entfaltung der Mutter, ihr steht sich Opfern?

Die Herren des Kapitals haben es keins vermocht, ihr Projektkreis 10 zu müllern, daß es jagen, als ob sie eine soziale Tat verrichten, während sie nur den Preis eintrichten. Da gibt es einen Bananentrust, der den größten Teil der Bananenplantagen der Welt beherrscht. Bis in die letzten Winkel Europas dringen seine Agenten und preisen in Wort und Bild die „reichen, weindürlichen Bananen“ im Namen der „Gesundheit des Kindes“. Daß derselbe Bananentrust mittels seiner Monopolstellung die Preise der Bananen wucherhaft hochhält und sie damit der arbeitenden Klasse entzieht — daß dieser Bananentrust planmäßig raffinierter Chixorien aus Argentinien nicht nach Europa kommen läßt, nur weil er eben aus Bananenexport eingeschüttet ist — darüber schweigt die Presse und die Reklame des Bananentrusts.

So wie hier die „Heimlichkeit des Kindes“ zur Reklame für den Bananenmarkt wird, so haben die Schokoladenfabriken und Blumenhandlungen Amerikas die „Nüte Entfaltung der Mutter“ eudest, um daraus Kapital zu schlagen. „Kauft euren Müttern Blumen, Bonbons“ usw., das ist die Parole der täglichen Profitritter am „Muttertag“.

Wie verlogen, wie heuchlerisch ist doch diese „Ehrung der Mutter“! Die Mutter, die wahhaft unter unbeschreiblichen Entbehrungen ihr Kind großzieht, die Frau, für die die Mutterhaft Verzicht auf ein eigenes Leben bedeutet, die proletarische Mutter, sie ehrt der Kapitalismus, indem er ihr für die gleiche Arbeit, wie sie der Arbeiter verrichtet, einen viel niedrigeren Lohn gibt. Und wenn sie Mutter wird, wie oft wird sie dafür mit der Entlastung bestraft! Und wenn sie Mutter ist — wie gerne möchten doch die Herren, die den Muttertag feiern, die Arbeitersfamilie mit mehreren Kindern aus den Wohnungsschmeisen!

Die proletarische Mutter, sie, für die das Wort im tiefsten Sinne seiner Bedeutung gilt, sie wird am „Muttertag“ nicht „Blumen und Bonbons“ erhalten. Not und Elend herrschen im Haushalt der Arbeiter. Sie reden vom „Muttertag“, die Blutsänger, die Unterdrücker, die Kapitalisten? Sie haben bereits einen „Muttertag“ am 5. Mai in Leobersdorf gefeiert; da sind ihre Schergen mit Bierflaschen und Infanteriespaten gegen Frauen und Kinder des Proletariats losgegangen, bejubelt, freigeholzte Heimwehrbanditen, bis sich ihnen der Gemeindewachmann Göschel entgegenstellte und rief: „Das sind Frauen und Kinder, die werdet ihr nicht angreifen, solange ich hier lebend stehen!“

Das ist der „Muttertag“, den sie uns zudenken, die Herrschenden in diesem Staate. — — —

Ihre Mütter, die Mütter der goldenen Jugend, die Denen der Bourgeoisie, sie werden an diesem Tag wohl mit Blumen und Geschenken überschüttet werden. Die Damen, die haben, um den Erben für den väterlichen Betrieb zu schaffen, neun Monate die schwache Linie verunziert! Wohlgenährt von der Nanne, der Mutter eines fremden Kindes, wächst das Kind der Bourgeoisie heran, von der Nanne zur Pflegerin, von der Pflegerin zum Fräulein oder Haustelehrling! Das ist die Mutterhaft der bürgerlichen Dame, die zwischen Morgen- und Gute-Nacht ihres eigenen, alles eher als mütterliches, Lebens führt.

In einer Gesellschaft, die durch den unüberbrückbaren Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit zerstört ist, gibt es keine allgemeinen Begriffe, wie „Mutter“, „Vater“, „Sohn“, „Tochter“. Anders ist das Leben, das Verhältnis der Generationen zueinander in der herrschenden, anders in der unterdrückten Klasse.

Für uns Arbeiter gibt es keinen „Muttertag“. Wir brauchen nicht einen Tag, der uns die Schokoladenfabrikanten bestimmen, uns zu wissen, was unsere Mütter uns

sind. Wir wissen es wohl: Groß ist die Last, schwer ist das Leben des Proletariers. Aber doppelt so groß lastet alles auf den Schultern der Arbeiterin, dreifach, wenn sie Mutter ist. Ungeheuer groß ist noch die Zahl der Arbeiter, die, gerettet durch ihr Glück, in der Frau nicht die Gefährin seien, sondern die Hausmutter. Zahllos sind die Frauen im Proletariat, die nach des Tages mühevoller Arbeit ihre letzten Kräfte im Haushalt opfern. Und das stumme Verzicht der Proletarierin, die von dem wenigen, das auf den Tisch kommt, Mann und Kindern das Beste zuschiebt und sich mit den fälschlichen Rechten zufrieden gibt — wer kennt es nicht, wer sieht es nicht tausendfach, aus allen Fenstern der Zinskasernen, aus allen Hälften ihres sorgenvollen Antlages?

Endlich wird es einen „Muttertag“ geben. Wenn die kämpfende, revolutionäre Arbeitersklasse diese Gesellschaftsordnung in Trümmer geschlagen, ihre Herrschaft aufgerichtet haben wird! Dann — in der großen Gemeinschaft der arbeitenden Menschen, in der die Mutterhaft aus einer Last zu einer Quelle innerster Freude wird, in der sozialistischen Gesellschaft, die wir vorbereiten, unermüdlich und zähe, als Arbeiter, als Revolutionäre, als Kommunisten.

## Die demokratische Lehre, die ich nicht erhalten habe.

Die Geschichte eines Visums von L. Trotski.

Ich hatte schon in der Presse erzählt, daß nach meiner entschiedenen Weigerung, in die Türkei zu fahren, der Zug, mit dem ich nach Odessa fuhr, während zwölf Tagen auf der Strecke aufgehalten wurde. Unterdessen versuchte die Sowjetregierung, wie mir der Bevollmächtigte der G. P. U., Bulanow sagte, mir das Einreiserecht nach Deutschland zu erwerben. In Erwartung einer günstigen Antwort und um eine Verzögerung zu vermeiden, arbeitete die G. P. U. schon eine bestimmte Marschroute für meine Fahrt nach Deutschland aus. Am 3. Februar wurde mir mitgeteilt, daß der ganze Plan sich an dem unversöhnlichen Widerstand Deutschlands zerschlagen hat. Mit dieser Vorstellung kam ich in Konstantinopel an. Hier las ich in einer Berliner Zeitung die Rede des Präsidenten des deutschen Reichstages, die er am 6. Februar aus Anlaß der zehnjährigen Feier der Weimarer Verfassung gehalten hat. Diese Rede endete mit folgenden Worten: „Vielleicht kommen wir sogar dazu, Herrn Trotski das freieheilige Asyl zu gewähren“. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Dieser Erklärung des Präsidenten des Deutschen Reichstages ging in der deutschen Presse eine offiziöse Nachricht voran, daß die Sowjetregierung sich um das Visum für Trotski gar nicht beworben habe. Herr Löbes Worte waren für mich eine Überraschung. Hätte Herr Löbe die oben zitierten Worte nicht gebraucht, hätte ich mich natürlich an die deutsche Regierung nicht gewandt, um nicht eine sichere Absage zu bekommen. Es ist zu klar, daß eine solche Absage leicht zu einem „Präzedenzfall“ wird, der andern Ländern die Absage erleichtert. Aber vor mir war die Rede des Präsidenten des Reichstages, die mir die Frage in einem ganz anderen Lichte erscheinen ließ. Ich ließ am 15. Februar den Vertreter der G. P. U. holen, der mich nach Konstantinopel begleitet hatte, und sagte ihm: „Ich muß den Schluß ziehen, daß man mich falsch informiert hat. Am 6. Februar hielt Löbe die bewußte Rede. Erst in der Nacht des 10. Februar reisten wir aus Odessa nach der Türkei ab. Daraus folgt, daß Löbes Rede in Moskau bekannt war. Ich empfehle Ihnen sofort nach Moskau zu telegraphieren, und dort vorzuschlagen, auf Grund Löbes Rede, sich nun wirklich nach Berlin mit der Bitte um ein Visum für mich zu wenden. Das wäre der am wenigsten schändliche Weg, um diese letzte Intrige zu liquidieren, die Stalin höchstlich um die Frage meiner Einreise nach Deutschland gesponnen hat.“ Nach zwei Tagen brachte mir der Vertreter der G. P. U. folgende Antwort: „Als Antwort auf mein Telegramm hat man nur bestätigt, daß die deutsche Regierung noch anfangs Februar категорisch das Visum verwirkt hat. Ein neues Erfuchen hätte daher keinen Sinn. Was Löbes Rede andeutet, so trage sie nicht den Charakter der Verantwortlichkeit. Wenn Sie dem keinen Glauben schenken, so erbitten, Sie selbst das Visum.“

Dieser Auslegung konnte ich nicht Glauben schenken. Ich hielt dafür, daß der Reichstagspräsident besser die Absichten seiner Partei und seiner Regierung wissen müsse, als die Agenten der G. P. U. Am selben Tage gab ich ein Telegramm an Löbe auf, daß ich mich auf Grund seiner Worte an das Konsulat mit dem Ersuchen um ein Visum gewandt habe.

Die demokratische und die sozialdemokratische Presse verneinte mit Besiedigung, daß der Anhänger der revolutionären Diktatur ein Asyl in einem demokratischen Lande suchen müsse. Einige Knüpften daran sogar die Hoffnung, daß dieser Umstand mich lehren würde, die Institutionen der Demokratie höher zu schätzen. Es blieb mir nur übrig zu warten, wie diese Lehre sich für mich in der Tat gestalten würde. Aber ich konnte natürlich in meinem Verhalten zur Demokratie keine Unclarheiten zulassen. Als zu mir der Konstantinopeler Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Presse kam, gab ich ihm in Bezug auf diese Frage Erklärungen, die ich hier so bringe, wie ich sie sofort nach unserer Unterredung aufgeschrieben habe.

„Da ich mich jetzt von die Einreise nach Deutschland bewerbe, da die Mehrzahl der deutschen Regierung aus Sozialdemokraten besteht, so bin ich vor allem daran interessiert, meinem Verhalten zur Sozialdemokratie eine klare Definition zu geben. Auf diesem Gebiete hat sich selbstverständlich nichts geändert. Mein Verhalten zur Sozialdemokratie ist das gleiche wie früher. Noch mehr: mein Kampf gegen die Stalinfraktion ist nur eine Spiegelung meines allgemeinen Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Mit Unclarheiten, oder halben Offenheiten ist weder mir noch Ihnen gedient. Einige sozialdemokratische Zeitungen versuchen einen Widerspruch zu finden zwischen meiner prinzipiellen Stellungnahme in den Fragen der Demokratie und meinem Einfreiheitskampf nach Deutschland, d. h. in einer demokratischen Republik. Hier gibt es keinen Widerspruch. Wie „verleugnen“ gar nicht die Demokratie, wie es die Anarchisten (in Reden „un“). Die bürgerliche Demokratie hat im Vergleich zu den früheren Staatsformen entschieden Vorteile. Ihre ist nicht ewig. Sie muß ihren Platz der sozialistischen Gesellschaft räumen. Als Brücke zur sozialistischen Gesellschaft dient die Diktatur des Proletariats.“

Kommunisten aller kapitalistischen Länder nehmen am Parlamentskampf teil. Die Ausübung des Wahlrechts unterscheidet sich prinzipiell in nichts von der Ausübung des Wahlrechtes, der Freiheit der Presse, Versammlungsfreiheit u. a. m.

Sie interessieren sich für die Frage meines Kampfes für die Demokratie in der Partei, der Gewerkschaft und den Sowjets. Sozialdemokratische Organe versuchen darin einen Schritt meinerseits zur bürgerlichen Demokratie zu sehen. Das ist ein ungeheurender Fehler, der unschwer aufzudecken ist. Die gegenwärtige sozialdemokratische Formel lautet: „Stalin ist im Rechte gegen Trotski und Rykov gegen Stalin.“ Die Sozialdemokratie ist für die Wiederherstellung des Kapitalismus in Ausland. Aber dieser Weg kann nur beschritten werden, wenn die Avantgarde des Proletariats zweckgedreht wird, indem man seine Keim und seine Selbsttätigkeit unterdrückt. Stalins Regime ist eine logische Folge seiner Politik. Inwieweit die Sozialdemokratie Stalins ökonomische Politik gutheist, wird sie sich auch mit seinen politischen Methoden beschreuen müssen. Es ist eines Marxisten unwürdig, über die Demokratie „überhaupt“ zu sprechen. Die Demokratie hat einen Klassencharakter. Wenn eine Politik benötigt wird, die auf die Wiederherstellung des bürger-

lichen Regimes gerichtet ist, so ist eine solche Politik mit der Demokratie des Proletariats als herrschende Masse, unvereinbar.

Ein wirklicher Übergang zum Kapitalismus könnte nur durch die diktatorische Gewalt der Bourgeoisie verbürgt werden. Es ist lächerlich, die Wiederherstellung des Kapitalismus in Ausland zu fordern und in derselben Zeit über die Demokratie zu tuszeln. Das ist ein Hirngespinst.“ (Fortsetzung folgt.)

### Zürden des Habschwarz.

Doch die Heimwehrbewegung die organisierte Verbündung von brutalen Großkapitalisten mit Lumpenproletarien ist, weiß jeder Arbeiter. Aber es ist doch nützlich, wenn von Zeit zu Zeit die genaue Photographie einzelner Überhahnenchwänzler veröffentlicht wird, um diese Elemente noch besser kennenzulernen.

In Steiermark betätigt sich ein gewisser Hugo war in Thomas in der Heimwehr sehr aktiv. Die „Arbeiter-Zeitung“ ist in der Lage, die Straftaten dieses Freundes von Pfeimer und Steidle zu veröffentlichen:

Landesgericht Klagenfurt: 17. September 1903 wegen Raubes 3 Jahre Kerker; Landesgericht Klagenfurt: 5. November 1909 wegen Diebstahls eine Woche Arrest; Landesgericht Klagenfurt: 9. Oktober 1910 wegen Diebstahls 6 Monate Kerker; Landesgericht Klagenfurt: 3. Juli 1911 wegen Einnistung in einer Amisshandlung 5 Tage Arrest; Landesgericht Klagenfurt: 4. Februar 1911 wegen Vergehens gegen das Lebensmittelgesetz 8 Tage Arrest; Landesgericht Klagenfurt: 27. November 1912 wegen Veruntreitung und Beitrags 6 Wochen Kerker; Landesgericht Graz: 20. November 1917 wegen Ehebruchs und wegen Unzucht mit einem Kind 6 Monate Arrest; Bezirksgericht Leoben: 10. Jänner 1923 wegen Wachtheiligung 3 Tage Arrest.

Kommentar überflüssig.

### Wir Grazer Arbeiter werden schändlich betrogen . . .

Ein Leser schreibt uns: Ich bin auch einer von den „Meingefallenen“. Wie ich am Samstag vor der Wahl nach Hause kam, gab mir meine Lebensgefährtin den Brief, der von einem „ehrlichen Kommunisten“ unterzeichnet ist und auffordert, sozialdemokratisch zu wählen. Zweck war ich stark. Dann habe ich nachgedacht und nur gefragt: Schau, du bist ein einfacher Bauerarbeiter, du verstehtst nichts von der hohen Politik, der Wagner, der Pfeifer, der Koch, das sind immer ehrliche, aufrichtige Kommunisten gewesen, die werden schon wissen, was sie tun . . .

Ich bin also schweren Herzens am 21. April sozialdemokratisch wählen gegangen. Nach der Wahl habe ich ersehen, daß der Brief des „ehrlichen Kommunisten“ eine niederrüchtige Fälschung war. Meine Lebensgefährtin hat den ganzen Montag geweint, das wir so blöd waren und diesen Schwindlern aufgeflogen sind. Auf der Bausite haben wir beschlossen, wir werden demnächst uns einen von diesen Schwindlern ausborgen und ihn ein bissel das Fell geben . . .

### Gallo, Hans Muchitsch, sitzt du auf den Ohren?

Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen, daß Beamte der P.W.K. die Arbeitslosen schikanieren, vor allem die Frauen. In der letzten Zeit mehren sich Fälle, daß Arbeitslosen einfach die Unterstützung eingestellt wird. Der Präsident der P.W.K., der Sozialdemokrat Hans Muchitsch, sieht all das mit Seelenruhe und röhrt nicht den Finger. Uns wundert das gar nicht. In eine hohe soziale Stellung gelangt, haben sich die Führer des Sozialdemokratie längst dem Proletariat entfremdet. Was weiß ja ein Hans Muchitsch von den arbeitslosen Vergewaltigung eines Arbeitslosen, dem die Unterstützung entzogen wird. Er sieht nicht auf den Ohren — er ist längst taub geworden für die Klagen des Proletariats. Deshalb sind sie alle taub, diese Salonzionistinnen. Aber wenn ein feister Bürger kommt, um Steuerermäßigung, oder sonst was am Herzen hat — ja da werden sie hellhörig.

### Fabian, wie hast du gewählt?

Fabian, lieber Fabian, was ist denn mit dir los? Wir haben am 21. April in deinem Wahlbezirk vergeblich nach einem sozialistischen Stimmenzettel gesucht, es wurde kein solcher abgegeben, sondern nur zwei für uns links. Na, Fabian, alter Junge, hast also auch brav uns gewählt? Oder — vielleicht gar die S. P.?

## Wohin steuert der Vorstand der Invalidengruppe Saalfeld?

Die Kriegsinvaliden Österreichs waren während des vierjährigen Kriegenmordes der Spielball der Kapitalisten, Pfaffen und Offiziere. Seit 1918 werden sie als lästige Bettler hingestellt, denen man ab und zu einen abgenagten Knochen zwischt. Abhan der Renten und Scheinen ist die Hauptbeschäftigung der schwatzgelben Regierung „als Tant des Vaterlandes“.

Um so nonsensiger ist es, daß die Kriegsopfer sich klar werden, wie sie ihre Rechte erkämpfen können. Denn nicht als Bettler und Altenempfänger sollen sie auftreten, sondern das Recht auf volle Kriegsverletzungsschädigung. Der lange Personenstreit, Rück — Zurück, hat viel Elend gebracht und sie von der Kriegsfrage aber die Schulde ihres Elends abgelenkt. Es war ein Verbrechen, daß Invalidenkunstväter a la Stoll und Haasner, welche bei der Gemeinderwahl in Graz so weit wie vergingen, daß sie die Opfer des Kriegenmordes aufforderten, für die schwatzgelben Parteien zu stimmen, welche die Invaliden in das Blubbad getrieben haben. Aber haben die Kriegsinvaliden schon so viel an Denkvermögen verloren, daß sie das vergessen haben?

Ebenso überglücklich ist es, wenn die Invaliden ihr Recht von den Sozialdemokraten erwartet. Sie haben wohl immer für sie „ gekämpft“, aber nur in Worten (besonders immer bei Wahlen), sich aber sonst nur überstimmen lassen.

Ja sie gibt trotz ihrer Stimmenzettel sie eine Position nach der anderen preis. Durch ihre Mühsame auf Erhöhung der Mietzinsen auf das 2500—1000fache nehmen sie auch den Kriegsopfern wieder ein Stück Brot. Die schwatzgelben Freunde von Stoll und Haasner fordern diesen neuen Raubzug und die „sogenannten sozialdemokratischen Arbeitnehmer“ stimmen dem zu.

Die Invaliden sind also auf dem Holzweg, wenn sie Hoffnungen auf die Treifigkeit, der schwatzgelben Parteien setzen. Auch sind sie auf falschem Wege, wenn sie immer um Almosen betteln, statt einer anstreitenden sozialen Fürsorge vom Staatsjädel an Kosten der Kapitalisten sich zu erkämpfen. Hunderttausende arbeitsfähige, gesunde Menschen sind hingerichtet und zu Krüppeln gemacht worden, während die Kapitalisten aus ihrem Blute Milliarden verdienten. Der Kampf für ausreichende Fürsorge muß es, richten sowohl gegen die Parteien der Hauptvölklingen, den Christlichsozialen und Christdeutschen, und ihre damaligen Zureibern, den sozialdemokratischen Vaterlandsbalden.

Wenn ihr euch darüber klar seid, dann möcht ich in euren eigenen Reihen läufig ausmischen, damit ihr durch die Stolls, Haasner und Konforten nicht neuerlich betrogen werdet.

### Das Neue Zeitalter von Körbel.

Zur Zeit des Ausschlusses der Linken Kommunisten aus der Partei (1926) zählte Möllach, das oppositionsreiche Möllach, circa 450 Parteimitglieder. Seither hat sich die Partei im allgemeinen und die Möllacher Organisation im besonderen starklich nach aufwärts entwickelt, wenn wir der „Roten Fahne“ Glauben schenken. Leider trafen die Tatsachen die „Rote Fahne“ Lügen. Denn bei den Gemeinderatswahlen erhielt die Liste der kommunistischen Partei ganze — 10 (in Worten: zehn) Stimmen.

### Das Blutregime des deutschen Ordensstaates sozialismus.

Das Berliner Proletariat hat seine Opfer zu Grabe getragen. 21 Tot — das ist die Bilanz des 1. Mai. Die „Staatsautorität“, die die deutsche Regierung sozialistischen zu wahren entschlossen waren, wurde mit Maschinengewehren und Panzerwagen den Berliner Arbeitern demonstriert. Jetzt — nachdem die amtlichen Untersuchungen abgeschlossen sind — ist mit ganzer Macht bewiesen, daß die Polizei des Sozialdemokraten Jörgebel hat lärmäßig eine Jagd nach unbewaffneten Arbeitern veranstaltet, wie die Wiener Polizei des Herrn Schöber am 15. Juli. Kein einziger Polizist befindet sich unter den Toten, kein einziges Gewebe wurde bei Handschusschüssen gefunden, sondern insgesamt fielen 20 Revolver und Pistolen. Und wenn das noch nicht genug, wen nach all dem noch immer daran zweifelt, daß Jörgebel bewußt und planmäßig ein Blubbad vorbereitet, dem beweist es die Tatsache, daß überall in Deutschland, wo die Demokratien nicht verboten waren, der 1. Mai ruhig verlief.

Das Blubbad am 1. Mai war der erste große Angriff, den auf Befehl der deutschen Bourgeoisie, die Ordnungsbefehle, zu der die deutsche Sozialdemokratie entartet ist, organisiert. Die Auflösung des Roten Frontkämpferbundes ist der zweite. Neue Angriffe werden folgen. Die Reparationsverpflichtungen der deutschen Bourgeoisie führen dazu, daß sie immer stärkere Lasten auf die Schultern des Proletariats abzuwälzen suchen wird. Je mehr die Bourgeoisie die Schraube anzieht, je reaktionärer ihre Herrschaft, desto reaktionärer wird auch die deutsche Sozialdemokratie, die mit beiden Füßen auf dem Boden des bürgerlichen Staates steht, die die Regierung, das heißt die Weisheitsführung des neuen deutschen Imperialismus, in Händen hält.

\*  
Die Angriffe der deutschen Unternehmer haben den steigenden Widerstand des deutschen Proletariats in den vergangenen Monaten ausgelöst. Die Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie diese Angriffe als Regierung organisiert, öffnet allmählich den deutschen Arbeitern die Augen über den wahren Charakter der Sozialdemokratie. Die Bedingungen für die Eröberung der Mehrheit des Proletariats durch den Kommunismus haben sich objetiv außerordentlich günstig entwidelt.

Aber die Führung der deutschen kommunistischen Partei erwacht sich — ebenso wie 1923, wenn auch in der

ähnlichen Form ganz anders — als nötig, diese Bedingungen anzugewinnen, die deutsche proletarische Revolution planmäßig zu organisieren. Sritt der reaktionären deutschen Sozialdemokratie die Massen des Proletariats in den Gewerkschaften zu entreißen, bereit ist sie eine Partei, die darauf verzichtet. Schwindend zwischen Opportunismus und ultralinken Kapriolen, demoralisiert durch Konservatismus, verdeckt durch die planmäßige Entwicklung der Arbeiterschaft in der Partei, entmacht durch die Unterwerfung unter das Stalinische Regime, hat die Führung der deutschen kommunistischen Partei am 1. Mai es nicht vermocht, den großen Massen der Berliner Arbeiters den reaktionären Charakter des sozialdenkstratistischen Blutregimes vor Augen zu führen.

Die tapferen, kampfesfreudigen Berliner Kommunisten kämpften am 1. Mai heller. Der Protokoll des politischen Massenstreiks verwies die Berliner Geschäftsräte die Gewaltlosigkeit. Die Führung der Partei und des Roten Frontkämpferbundes verhagte vollends. Der 1. Mai endete mit einer schweren Niederlage des deutschen Proletariats, das sich fast ebenso verlassen, schwatos der Ordnungsbefehle angestellte sah, wie das Wiener Proletariat am 15. Juli.

Wie steht das deutsche Proletariat heute? In einer „Kettenfestsperiode“, am Vorabend der Revolution, wie die „Rote Fahne“ behauptet?

Nichts sicher, als diese Einbildung! Im Augenblick herrscht der Polizeiaufstand. Eine Welle blutiger Realität geht über Deutschland. Die Arbeiterschaft hat eine Niederlage erlitten. Aber dieser Sieg am 1. Mai wurde von der deutschen Sozialdemokratie zwar erkannt. Sie mußte zu Moskau Methoden zurückgreifen. Die ansteigende Radikalisierung der Arbeiterschaft kann mit Massenreihen nicht rücksigig gemacht werden. Wohl aber kann sie durch eine andauernde soziale Politik der kommunistischen Partei demoralisiert und zerstört werden. Auf dem Boden einer solchen Demoralisierung droht sich die Diktatur anzurichten, aber nicht die des Proletariats, sondern die faschistische. An den linken Kommunisten, unseren deutschen Genossen, wird es wesentlich liegen, wie die gegenwärtige Etappe der Niederlage enden wird: mit einem revolutionären Aufschwung im Proletariat oder mit einem Verfall der Radikalisierung infolge der verhängnisvollen Politik der deutschen Stalinisten.

### Wie ließ das Proletariat zur Freigabe des Mietvertrages verhören wollen!

Die sozialdemokratischen Süherren lassen jetzt alle Minen springen, um das Proletariat zu veranlassen, den Verrat der sozialdemokratischen Führer am Mieterfaß zu schlucken. Wir haben uns schon oft mit den verschiedenen Argumenten beschäftigt, die sie dabei ins Treffen führen. Eines der wichtigsten ist:

Da nach dem neuen Gesetz der Instandhaltungsazis wegfällt, so ist der neue Zins eigentlich nicht mehr als der alte plus Instandhaltungsazis.

Das ist pure Schwachsinn. Denn nach dem neuen Mietengesetz können die Haushalter nicht gezwungen werden, aus dem 2500, bzw. 2700 Zinsen, den wie

ihnen zahlen sollen, Reparaturen zu bestreiten. Sie werden sie auch nicht vornehmen, sondern die Mäster zwingen, daß sie schließlich, um das Dach über dem Kopf nicht zu verlieren, die notwendigen Reparaturen vornehmen lassen. So wird zu dem zösischen Gesamtzins bald noch ein gesetzlich nicht vorgesehener, aber faktisch eintretender neuer Instandhaltungszins kommen. Wie es heißt, soll schon in den nächsten Tagen der Wohngesetzeszusammentreten, um die Beleidigung des Mieterschutzes zu besiegen. Es ist klar, daß die Sozialdemokratie nicht das geringste tun wird, um außerparlamentarisch den Mieterschutz zu verteidigen. Sie haben ja sogar auf die tausendmal geforderte Volksabstimmung verzichtet. Wenn die großen Massen des Proletariats sich nicht in letzter Stunde energisch zur Wehr setzen, dann ist der Mieterschutz verloren.

### Aufmarschverbote für das Proletariat — Strafe frei der Heimwehr.

Das ist der Sinn der Verbote in Wien und Niederösterreich.

Seit 15. Mai besteht in Wien ein sogenanntes allgemeines Aufmarschverbot für alle Wehrverbände. Wem nützt ein solches Verbot? Scheinbar ist es „demokratisch“ gegen alle gerichtet. In Wirklichkeit ist es eine außerordentliche Begünstigung der Heimwehr. Denn, während Seig in Wien das allgemeine Aufmarschverbot erlässt, werden in der Provinz die Antisens, Enders usw. seitenszeitig die Heimwehrausmärsche organisierten, so daß wir folgenden Zustand haben: Im proletarischen Wien wird nicht demonstriert, dagegen im ganzen übrigen Österreich demonstriert — die Heimwehr. Heute sind wir ja schon z. B. in Graz so weit, daß wir linken Kommunisten seit vielen Monaten keine einzige öffentliche Versammlung unter freiem Himmel abhalten dürfen, daß uns jede Straßendemonstration verboten wird. Das Aufmarschverbot Seig liegt auf derselben Linie wie die reaktionäre Politik der deutschen Sozialdemokratie.

### Auslandsrundschau.

Deutschland.

Der Sozialdemokrat Hilferding (Reichsfinanzminister) unterstellt dem Reichstag den Plan für eine 500 Millionen-Anteile, die steuerfrei den Kapitalisten überlassen wird. Man muß schon sagen: die deutsche Bourgeoisie kann sich gratulieren. Sie hat in ihrem sozialdemokratischen Finanzminister den konsequentesten Vertreter ihrer Interessen gefunden.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte hat seine ersten Bluturteile gegen demonstrierende Arbeiter vom 1. Mai gefällt. Ein Jahr 3 Monate — 3 Monate — 7 Monate. Kaiser Wilhelm in Doorn wäre zu empfehlen, er möge die Regierung Müller wegen „unklugem Wettbewerb“ klagen. Denn reaktionär als die deutsche Sozialdemokratie war sein Regime auch nicht.

England.

Der bekannte Führer der Labour-Partei, der kürzlich in Wien weilte, äußerte sich über den vermutlichen Ausgang der englischen Wahlen wie folgt: „Eine Mehrheit der Arbeitspartei halte ich also für unmöglich, schon wegen der Art des englischen Wahlrechts. Aber wir dürften etwa hundert Mandate gewinnen und so rund 200 Sitze von 650 des englischen Parlaments besetzen. Die Konservativen werden voraussichtlich ebenso viele oder ein paar mehr haben, die Liberalen werden in kaum Zehntel aller Wahlkreise geschlagen werden und es auf nicht mehr als 60 Mandate bringen.“

Diese Einschätzung ist nicht uninteressant, wenn man bedenkt, daß seit langer Zeit die österreichische Sozialdemokratie den Arbeitern eintritt, in England, werden die Wahlen einen Sieg der Arbeitspartei und damit eine „grundlegende Aenderung der Weltpolitik“ bringen. Also, die Hoffnung, daß von England aus die Reaktion in Österreich geschlagen wird, ist ins Wasser gesunken.

Frankreich.

Bei den Gemeinderatswahlen gelang es der kommunistischen Partei, in Paris und Umgebung ihre Stimmenzahl ansehnlich zu vergroßern und auch in der Provinz, vor allem im Elsass große Erfolge zu erzielen.

### Berschiedenes.

Vormerdlicher für den Himmel. In Venedig hat sich eine merkwürdige Gebetsvereinigung unter dem Namen „Liebe und Baumherzigkeit“ gegründet, deren Prospekte folgendes enthalten: „Für jedes unserer Mitglieder werden jährlich 3000 (?) Meilen gelebt. 200.000 Kinder beten täglich für die Begehung unserer Sünden. Die Namen der Mitglieder unseres Vereins werden verdienstlich und ihre wertvollen Taten der Baumherzigkeit bekanntgegeben. Jeden ist ein Platz im Himmel gesichert. (?) Die für diesen Schutz eurer Seele zu entrichtende Gebühr beträgt laut Schreibenschriftung 2 bis 10 Mark.“ Also nur berechnet in den Himmel, ihr Dummen braucht eure Seelenruhe, und die Bösen brauchen noch notwendiger euer Geld.

(„Freibenter.“)

Die Tiere als Geschöpfer. Auch das Deutsche Reich kennt neben dem „Geschöpfer“ auch den „Geschöpfen“. Da lebt seit einer Reihe von Jahren eine Person, „Zuleita“ im Rheinland als Lebensgeschenk eines Gutsbesitzers und hat nunmehr das bürgerliche Bedürfnis, legale Geschöpfin zu werden. Dazu bedarf sie, da sie im Heimatland kein „Geschäftsfähigkeitszeugnis“ erhalten kann, obwohl schon Kinder die sind, eines Geschöpfens. Das Gesch wird auch eingekauft, aber laut Bericht des Abgeordneten Heimann im Julihausausschuß durch den Referenten Ministerialrat Glademann deshalb verworfen, „weil der Moran einer Rechtsgläubigen die Berechtigung mit einem Glaur (Ungläubigen) verbietet.“ Wer bleibt da ernst? Deutschland bereitet sich würdig auf den Anschluß an Österreich vor.

(„Freibenter.“)

Amerikafest des „Zeppelin“. Am 15. Mai ist der „Graf Zeppelin“ mit 59 Personen an Bord und 2000 Kilogramm Fracht zum Amerikafest gestartet. Die Begeisterung, die die nationalistische, reichdeutsche Presse für den „Graf Zeppelin“ planmäßig anarbeitete, hat auch auf Österreich übergegriffen, seit Herr Edener um den Stephaniansmarkt und um den Grazer Schloßberg herumgedeutet. Vorstellen: wer das silberglänzende Wunderwerk modernster Technik über die Wolken gleiten läßt, kann der deutschen Technik seine Bewunderung nicht versagen, jener deutschen Technik, die nur ermöglicht wird durch die großen Fähigkeiten des deutschen Proletariats. Aber der „Zeppelin“ ist nicht nur ein Höhepunkt moderner Technik. In einer Gesellschaftsordnung, in der das Kapital herrscht, ist der Krieg unvermeidlich. Technische Fortschritte ist fast immer gleichbedeutend mit der Entwicklung der Kriegstechnik. Deute — sind es Passagiere, morgen — werden es tödbringende Geschosse, die der „Zeppelin“ in die Ferne trägt. Die „Zeppelin“, die technischen Errundungen und Endungen, für werden erst dann wirklich der Menschheit dienen, bis es gelungen ist, die Herrschaft des Kapitalismus zu brechen und durch die proletarische Diktatur die sozialistische Gesellschaft einzuführen.

Der Weltrekord-Tänzer. Miss Bottom unternahm den Weltrekord in Tanzen, der mit 72 Stunden in Amerika aufgestellt wird, zu überbieten. Miss Bottom tanzt 35 Stunden; dann bricht er zusammen. Ein Opfer des Rekordwahninns? Ja, aber nicht seines, sondern des Rekordwahninns der sanitärtüchtigen Bourgeoisie. Miss Bottom ist nicht wahnsinnig, sondern — hungrig. Er heißt in „Zivil Heinz“ Coeckel und wollte sich durch den Weltrekord die lebensnotwendigen Mitteln für einig' Zeit verschaffen.

„Sanierter“ Bahnen. Die „Sanierung“ der Bahnen, die bekanntlich in erster Linie in einem brutalen Abbau von Eisenbahnen bestand, fordert immer neue Opfer. Am 1. Mai wurde die Arbeiterin Leopoldine Schiller bei der Überziehung der Eisenbahn Wien-Ungarn von Schnellzug erschossen und getötet. Bei der betreffenden Überzeugung gibt es aus Erfahrungsgründen keine Bahnrichter.

Zunahme der Bevölkerung der Erde am 400 Millionen seit 1910. Das lästige Büro des Internationalen statistischen Instituts schlägt die Verdichtung der Erde auf ungefähr zwei Milliarden gegenüber 1600 Millionen im Jahre 1910, was eine Zunahme von 21 Prozent gleichkommen würde. Die Berechnung dieser Gesamtbewohlung würde sich, in approssimativen Zahlen ausgedrückt, ungefähr so darstellen: Europa 500 Millionen, Afrika 900 Millionen, Afrika 150 Millionen, Amerika 220 Millionen, Ozeanien 7 Millionen. Die Bevölkerung der europäischen Staaten könnte wie folgt angegeben werden: Albanien 800.000, Belgien 7.800.000, Bulgarien 4.500.000, Dänemark 3.377.000, Deutschland 62.505.000, Island 93.000, Spanien 21.850.000, England 41.000.000, Finnland dreieinhalb Millionen, Frankreich 39.500.000, Griechenland 42.700.000, Irland 4.250.000, Griechenland 6.000.000, Italien 41.000.000, Portugal 2.000.000, Litauen 2.175.000, Luxemburg 260.000, Norwegen 2.700.000, Niederlande 7.420.000, Österreich 6.500.000, Polen 20.000.000, Portugal 5.433.000, Rumänien 17.000.000, europäisches Russland 115.000.000, Schweden 6.000.000, Schlesien 8.000.000, Tschechoslowakei 13.800.000, Türkei (europäischer) 2.000.000, Ungarn 8.000.000, Jugoslawien 13.000.000.

### „Keine Hilfe.“

Am 13. Mai kam es im preußischen Landtag wegen der Ermordung von 24 Arbeitern am 1. Mai zu stürmischen Auseinandis. Der Sozialdemokrat Grzesinski (Kunnenminister) erklärte feierlich: „Namens der Staatsregierung spreche ich der Polizei die höchste Anerkennung aus.“ Kunnenamt überflüssig!

### Zwangarbeit in Italien.

Ist es bei uns nicht ähnlich?

Mussolini hat angeordnet, alle beschäftigunglosen Elemente von Rom in ihre Heimat oder in andere Gegenden zur Landarbeit abzuschicken. Da und bei uns müssen die Arbeitslosen auch jede Dreckarbeit, sogar die Versiedlung in die deutsche Landwirtschaft annehmen. Denn sonst

12 Wochen Unterstützungsentzug wegen Arbeitsverweigerung. Ist das nicht auch Zwangsarbeit?

### Feuilleton.

Die Schwelle.

Ich sehe ein gewaltiges Gebäude, an den vorderen Wänden eine schmale Tür weit auf; hinter der Tür finstere Finsternis. Vor der hohen Schwelle steht ein Mädchen .... ein russisches Mädchen.

Alte atmert die undurchdringliche Finsternis, und mit dem eisigen Strom kommt aus der Tiefe des Gebäudes eine lang gezogene, dumpfe Stimme:

„Du du, die verlangt, diese Schwelle zu übertragen, weißt du, was dich erwartet?“

— Ich weiß, antwortet das Mädchen.

„Röte, Hunger, Hass, Hohn, Verachtung, Beleidigung, Gefängnis, Krankheit, selbst Tod?“

— Ich weiß.

„Völlige Entfremdung, Vereinsamung?“

— Ich weiß. Ich bin bereit. Ich werde alle Leiden ertragen, alle Schläge.

„Nicht nur von Feinden, selbst von Freunden, Verwandten, Freunden?“

— Ja .... auch von diesen.

„Gut. Du bist auf ein Opfer gefaßt?“

— Ja.

„Auf ein namenloses Opfer? Du wirst zugrunde gehen, und niemand — niemand wird wissen, was Gedächtnis es vertragen darf.“

— Ich brauche nicht Dank, nicht Mitleid. Ich brauche keinen Namen.

„Bist du gefaßt auf ein — Verbrechen?“ Das Mädchen senkte den Kopf.

— Gefaßt auch auf ein Verbrechen ....

Die Stimme erneute nicht sobald ihre Fragen.

„Weißt du?“ begann sie endlich, „daß du noch den Glauben verlieren kannst, den du geglaubst; erkennen kannst, daß du dich getäuscht und umsonst dein junges Leben verdirben hast?“

— Auch das weiß ich. Und doch will ich eintragen.

„Tritt ein!“

Das Mädchen überschritt die Schwelle — ein schwerer Vorhang fiel hinter ihr herunter.

— „Mädchen!“ knirschte einer hinter ihr drin.

— „Heilige!“ kam es irgendwo als Antwort zurück. Tugendew.

Die Executive der kommunistischen Opposition (links Kommunisten) gibt gemeinsam mit den tschechischen Ge- nossen in Wien eine Zeitschrift, betitelt

„Das Banner des Leninismus“ heraus, die voraussichtlich monatlich erscheinen wird und nur 20 Groschen kostet. Die Zeitschrift enthält außerordentlich interessante Beiträge russischer Genossen, vor allem des Genossen Trotski. Jeder Genosse und revolutionäre Arbeiter, der tiefer in das Werk des Kommunismus eindringen will, muß diese Zeitschrift lesen. Die Abonnenten bekommen sie am besten beim Kioskier, doch ist die Zeitschrift auch bei den Kolporteurern des „Mahnrauf“ und im Parteilatal zu haben.

### Parteiauftritten.

Graz.

Samstag, 18. Mai, 4 Uhr nachmittags, gemeinsame Kolportage des „neuen Mahnrauf“. Kommt zahlreich!

Jeden Samstag, 8 Uhr abends, treffen sich alle Genossen und Genossinnen, die Freude am Gesang haben, im Parteilatal.

Samstag, den 26. Mai: Gemeinsamer Aufzug. Treffpunkt halb 2 Uhr im Parteilatal. Genossen und Genossinnen, die Musikinstrumente haben, sollen sie mitbringen.

Wien.

Mittwoch, den 22. Mai, halb 8 Uhr abends, 9. Bez. Lazaristraße 12: Diskussionsabend des Marx-Lenin-Zirkels. Thema: Probleme der Gewerkschaftsbewegung (III. Vortrag), Referent Karl Daniel.